

# Die Lupe

März/April 2024

Helfen statt reden - DIE LINKE bürgernah, sozial und für Frieden!

Straßenbahndepot

**3** | Belziger  
Straße

**4** | Wahlen,  
Wahlen...

Der Mann mit

**6** | der Leiter

**8** | Kiez-Küfa  
und Termine



## CDU und SPD-Begierde um das Tempelhofer Feld

Über 66% der Berlinerinnen und Berliner haben sich 2014 per Volksentscheid für den Erhalt des Tempelhofer Feldes (ehemaliger Flughafen Tempelhof) ausgesprochen. Das unter sehr großem Aufwand entstandene Tempelhofer-Feld-Gesetz darf nicht verändert werden. Die Grün- und Freifläche ist seit der Öffnung des Feldes 2010 eine Herzensangelegenheit der LINKEN. Aber seit wir durch die Nachwahl vor einem Jahr eine neue Landesregierung in Berlin haben, gibt es fast wöchentlich Meldungen, dass CDU und SPD keine Ruhe geben, um das Tempelhofer-Feld-Gesetz auf die eine oder andere Art kippen zu wollen. Der Volksentscheid soll ausgehebelt werden, wozu die Medien die passende Schlagzeile, „Senat drängt auf Randbebauung,“ lieferten. Aus diesem Anlass gab es am 26.02. im Rathaus Schöneberg eine Veranstaltung mit Vertreter:innen der Initiative 100% THF und unserer Landesvorsitzenden Franziska Brychcy. Mit über 70 interessierten Teilnehmenden fand eine rege Diskussion, ein Faktenaustausch, aber auch eine Bestärkung statt, dass wir die asozialen Pläne der Landesregierung, die sie als „soziale Randbebauung“ anpreisen, nicht zulassen wollen.

Nicht nur für Natur und Klima ist das Feld mitten in der Großstadt wichtig, sondern insbesondere für die bis zu 70.000 Menschen, die das Feld als Erholungs- und Sportfläche täglich besuchen. Ohne Not wird von Senatsseite die Wohnungsnot als Vorwand für eine Bebauung des THF gebetsmühlenartig heruntergespult. Dieses Scheinargument wurde auch bei der Diskussion von den Podiumsteilnehmer:innen auseinandergenommen. Eine Randbebauung wäre das Einfallstor für eine weitere massive Bebauung von Grünfläche, eine Privatisierung von öffentlichem Grund, und keineswegs Bau von günstigem

Wohnraum, denn allein die Erschließung des Feldes ist extrem kostenintensiv. Vielmehr sollte eine ehrliche Sichtweise über die vielen Baufelder und Spekulationsobjekte in der Stadt offengelegt werden. Das Land hat ein Flächenpotential zum Neubau von 249.000 Wohnungen, ohne das THF, nach dem Stadtentwicklungsplan Wohnen 2040. Um das Bauen zu beschleunigen, sollten Instrumente entwickelt werden, wie beispielsweise eine Bodenerwerbssteuer, oder andere Maßnahmen, um der Blockade von Investoren entgegenzuwirken. Aber auch von einer anderen Seite wird vom Senat moralischer Druck für die Bebauung des THF aufgebaut: Es ist die Unterbringung und Beschulung von Geflüchteten. Unsere Landesvorsitzende stellte auch hier klar, unser Bezirk hat keinen Bedarf an Willkommensklassen (was auch aus einer schriftlichen Anfrage aus dem Abgeordnetenhaus hervorgeht). Andere Möglichkeiten von öffentlichen Einrichtungen würden nur unzureichend genutzt und auch das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten ist gegen eine Beschulung auf dem THF. U.a. ist eine Isolierung für die Integration der Kinder und Jugendlichen mit dieser Form der Beschulung nicht geeignet.

Scheibchenweise versucht der Senat Tatsachen zu schaffen. Die Vorbereitung sollen jetzt auch mit einer angestrebten Bürgerwerkstatt geschehen, bei der es wohlgemerkt nur um Bebauung und keinesfalls um Nutzung gehen soll. Des Weiteren soll es auch einen Ideenwettbewerb geben. Auch prüft der Senat einen Volksentscheid von oben. All diese Absichten sind eine Kampfansage an die Initiative, an die zig Tausende Nutzer:innen des THF.

*Fortsetzung auf Seite 5*

# Bezirksverordnetenversammlung am 17. Januar 2024

## Horrende Nachzahlungen an Nebenkosten bei Mieterinnen und Mietern

Mit sehr hohen Nachzahlungsforderungen sind derzeit Mieterinnen und Mieter in unserem Bezirk belastet, das ergab u.a. die Antwort der Mündlichen Anfrage von DIE LINKE.

Bezirksbürgermeister Oltmann (Grüne) bestätigte auch die Vermutung, dass die Mieterberatungsstellen derzeit massiv Heizkostenabrechnungen auf Berechtigung zu beurteilen haben. Das Problem sind die Fernwärmeanbieter, wonach Mieterinnen und Mieter mehrere Tausend Euro (nach Auskunft von Betroffenen) nachzahlen sollen. Für ärmere Betroffene, kann beim Sozialamt und beim Jobcenter ein Antrag auf einmalige Übernahme gestellt werden, jedoch, so Oltmann, seien hohe Stromkosten-Nachzahlungen bisher nur über die Leistungsbeziehenden beantragt worden. DIE LINKE ist mit den betroffenen Mieterinnen und Mietern in Kontakt und befürwortet sehr ihr gemeinsames Vorgehen gegenüber dem Wohneigentümer.

## Finanzierung der Kulturarbeit beim Theater Morgenstern

Das Kinder- und Jugendtheater Morgenstern bangt nach jedem Haushaltsbeschluss um seine Kulturarbeit, was uns zur Nachfrage veranlasste.

Bezirksstadtrat Dollase (parteilos) antwortete auf die Mündliche Anfrage von DIE LINKE, dass die Zuweisung aus der zuständigen Senatsverwaltung an die Bezirke noch nicht erfolgt sei. Die Gesamtsumme für die gesamte Stadt liege aber um 200.000 Euro höher als in 2023. Die Fördermittel (KIA) für Kinder- Jugend und Puppentheater habe sich nicht verringert.

Jedoch bleibt eine Unsicherheit bei Bundesmitteln „Neustart-Kulturmitteln“, die offensichtlich wegfallen, auch einem Antrag des Theaters auf Einzelförderung wurde nicht nachgegeben. Bezirksstadtrat Dollase will jedoch das Theater Morgenstern bei Förderanträgen weiterhin unterstützen. DIE LINKE: Kleine Theater sind wichtig und eine kulturelle Bereicherung, da sie nicht von den Eintrittsgeldern leben und arbeiten können, muss eine stete verbindliche Förderung erfolgen.

## Senat überrascht Bezirke über Sondernutzungsgebühren der Gastronomie

Eine Mündliche Anfrage von den Grünen wies auf ein Vorgehen des Senats hin, das offensichtlich nicht auf Gegenliebe des Bezirks stößt. Es geht um einen Gebührenerlass bestimmter Branchen, und nicht um ein besonderes öffentliches Interesse, das von Landesebene den Bezirken verordnet worden ist, so sinngemäß aus der Antwort von Bezirksbürgermeister Oltmann (Grüne). Mit diesem Sachverhalt wurde ebenfalls das bezirkliche Rechtsamt befasst, das den Vorgang als „Feststellung des Senats“ beschreibt, an die die Bezirke nicht gebunden sind. Eine Befolgung der Verordnung wäre nicht nur der Wegfall der Einnahmen für den Bezirk, sondern auch eine Belastung der Bezirksamts-Mitarbeitenden, denn „alle erteilten 630 Ausnahmegenehmigungen müssten...erneut bearbeitet werden“. Bei insgesamt knapper Haushaltslage mit Streichungen in vielen Bereichen ist die Entscheidung des CDU/SPD Senats völlig kontraproduktiv.

*Elisabeth Wissel*

---

# Bezirksverordnetenversammlung am 21. Februar 2024

## Jugendverkehrsschule wird neuen Standort bekommen

In einer Mündlichen Anfrage von DIE LINKE wurde nach der Zukunft der Jugendverkehrsschule (JVS), die sich derzeit in Schöneberg am Sachsendammbefindet, gefragt. Bezirksstadträtin Majewski (CDU) erklärte, dass es einen neuen Standort in der Bosestraße in Tempelhof gebe, jedoch hänge die Umsetzung auch von der jetzigen Grundstückseigentümerin ab. Nach den Nutzungsvereinbarungen mit ihr, muss nach der Standort-Kündigung nicht nur für Ersatz gesorgt werden, sondern auch für die Errichtung der

JVS. DIE LINKE hofft, dass das Verfahren in den nächsten Monaten abgeschlossen werden kann und auch der Ärger, wegen des Wegfalls der Parkplatfläche am Eingang der Friedrich-Ebert-Sportanlage in der Bosestraße, sich in Grenzen hält.

## SIGNA-Baustellen verbleiben zunächst in ihrem jetzigen Zustand

Bei drei Signa-Baustellen ist wegen Insolvenz von Teilhabern des Signa-Konzern-Geflechts erst mal Stillstand angesagt.

## Helpen statt reden - DIE LINKE in der BVV ist für Sie da!



**Elisabeth Wissel**  
Fraktionsvorsitzende  
elisabeth.wissel[at]  
linksfraktion-ts.de



**Katharina Marg**  
Stellvertretende  
Fraktionsvorsitzende  
katharina.marg[at]  
linksfraktion-ts.de



**Harald Gindra**  
Kassenwart  
harald.gindra[at]  
linksfraktion-ts.de

### **Büro und Erreichbarkeit im Rathaus Schöneberg:**

John-F. Kennedy-Platz  
1, 10825 Berlin  
Raum 2115  
Tel: 90 27 74 898  
90 26 59 3486  
kontakt[at]  
linksfraktion-ts.de  
Sprechstunde:  
Mi. 15-17 Uhr

DIE LINKE wollte mit ihrer Mündlichen Anfrage mehr Details erfahren, die das Bezirksamt aber offensichtlich nicht kennt.

Bezirksstadträtin Majewski (CDU) nannte die Insolvenzverfahren beim „Büro- und Geschäftshaus in der Passauer Straße 1-3“, beim „Umbau des ehemaligen Ellington-Hotel zu Büronutzung, Einzelhandel, Gastronomie und Veranstaltung“, jedoch zu „Neubau Tauentzienstraße 20 Bürogebäude mit Einzelhandel“ sei dem Bezirksamt über Insolvenz nichts bekannt. Leider sind die Gesetze im Sinne der Privatwirtschaft so gefasst, dass eine Baugenehmigung erst nach sechs Jahren erlischt und das Bezirksamt keinen Einfluss auf ein positives Ende nehmen könnte. Die Gläubiger pochen jetzt auf ihr investiertes Geld und der Bezirk, dennoch, auf eine glaubwürdige Projektgesellschaft, die die Projekte zu Ende bringt.

### **Andere Nutzung für das ehemalige Straßenbahndepot in der Belziger Straße**

Die Mitteilung im Kultur-Ausschuss, ein Feuerwehr- und Polizeimuseum im ehemaligen Straßenbahndepot einzuquartieren, veranlasste DIE LINKE in der BVV mit einer großen Anfrage nachzuhaken. Das 15.000m<sup>2</sup> großen Areal mit den denkmalgeschützten Gebäuden bietet die einmalige Möglichkeit, verschiedene Nutzungen umzusetzen, und auch unbedingt die Interessen der Anwohnenden zu berücksichtigen. Dies war jedoch alles nur eine Illusion. Die BVV-Fraktionen und auch DIE LINKE hatte mit viel Herzblut mit Anwohnenden der Belziger Straße

die letzten 10 Jahre beraten und überlegt, welche Nutzung für das ehemalige Straßenbahndepot für den Bezirk erforderlich und am sinnvollsten wäre. Zudem gab es 2017 Anwohnerversammlungen zu den Planungen. Daran nahmen jeweils bis zu 500 Anwohnende teil. Der mehrheitliche Wunsch der Anwesenden war, dass es dort eine soziale, kulturelle und denkmalgerechte Nutzung geben sollte. Auch bezahlbare Wohnnutzung sei zugelassen, hieß es damals noch. Aber die Rechnung wurde „ohne den Wirt“ gemacht. Dass der Bezirk nicht über das gesamte Areal entscheiden konnte war schon klar. Nur die Bespielung der 3. Halle war für den Bezirk vorgesehen. Aber jetzt stellt sich heraus, dass die Vorschläge und Wünsche des Bezirks überhaupt keine Rolle spielen sollen, und das ist schon eine ziemliche Klatsche für den Bezirk, aber insbesondere für die Bürgerinnen und Bürger, die sich aktiv in den Versammlungen für Bürgerbeteiligung eingebracht hatten. Durch so ein Vorgehen, wie es jetzt über den Senat geschieht, braucht man sich nicht über Demokratie-Verdross bei den Bürgerinnen und Bürgern zu wundern. Gemeinwohlorientierte Nutzungen und günstiges Wohnen im Zentrum des Bezirks sind allemal dringlicher als ein Polizei- und Feuerwehrmuseum. Die angespannte Haushaltslage in Berlin spielt dabei offensichtlich keine Rolle. Außerdem wäre ein neues Stimmungsbild der Bürgerinnen und Bürgern des Bezirks erforderlich.

*Elisabeth Wissel*



### **Sebastian Scheel MdB**

Sprecher für Wirtschaft,  
Energie und Betriebe  
[www.sebastianscheel.de](http://www.sebastianscheel.de)  
[kontakt\[at\]sebastianscheel.de](mailto:kontakt[at]sebastianscheel.de)

#### **Kiezbüro**

Kaiserin-Augusta-Str. 75  
12103 Berlin  
Tel: 030 66 86 42 45  
Mo - Do. : 10-16 Uhr

#### **Sprechstunden:**

Sebastian Scheel :  
2. u. 4. Mi. 12-14 Uhr  
Elisabeth Wissel, BVV:  
1. Mo., 16-18 Uhr

#### **Sozialberatung**

Doris Hammer:  
2. u. 4. Do., 15-17 Uhr



## **Lasst uns reden!**

Sebastian Scheel im Gespräch mit:

**Claudia Engelmann**  
am 14. März 2024

**Lea Reisner**  
am 25. April 2024

**Ines Schwerdtner**  
am 16. Mai 2024

18 Uhr | Kiezbüro Sebastian Scheel

## **Vonovia-Mieter sollen extrem hohe Nebenkostennachzahlungen leisten**

Viele Mieterinnen und Mieter in Tempelhof sind schier entsetzt über die Forderung der Nebenkosten-Nachzahlung ihres Vermieters. Die höchste Nachzahlungssumme liege bei einem Mieter in Mariendorf bei 9000 Euro, wie mir berichtet wurde. Im Schnitt sind es mehrere Tausend Euro, die vor allem die Heizkosten betreffen. Die Mieterinnen und Mieter haben sich wegen der nicht mehr nachvollziehbaren Forderungen, daher zu einem Bündnis zum besseren Austausch und Vorgehen gegenüber dem Vermieter zusammengeschlossen. Bei einer deutschlandweiten Video-Konferenz nahmen immerhin über 47 Personen teil, die bei Vonovia wohnen und ebenso belastet werden sollen.

Es seien vor allem die Contracting-Verträge mit Wärmelieferanten, die die enormen Kosten verursachen würden. Denn der Contractor ist wirtschaftlicher Eigentümer der Wärmanlage und er rechnet u. a. Wartung, Grund- und Arbeitspreis für den Energieverbrauch ab. Dieser ist höher als bei einem reinen Gasliefervertrag. Ein teilnehmender Anwalt brachte etwas Zuversicht in die Runde, denn zunächst stehe erst mal Vonovia in der Pflicht, eine transparente Aufschlüsselung der Kosten darzulegen und es könnte auch die Einsicht in Wärmanbieter-Verträge eingefordert werden. Diese Dienstleistungsverträge seien oft kompliziert gestaltet, sollte man sich aber genauere ansehen.

Damit gewinnen die Mieter erst mal Zeit und können eine intensive Prüfung von einem Anwalt durchführen lassen. Es wäre nicht der erste Skandal, rund um das Unternehmen Vonovia, wenn ans Licht käme, dass viele Abrechnungen falsch sind. Bundesweit gebe es auch andere Auffälligkeiten, dass abgerechnete Leistungen nie erbracht wurden. Dubios sei auch, wie Mieter herausfanden, dass Vonovia viele Tochterunternehmen habe, die die Rechnungen (Gewinne auf Nebenkosten?) ausstellen.

Leider hätten einige, insbesondere ältere Betroffene, schon bezahlt, da sie keine schlaflosen Nächte mehr wegen drohender Wohnungslosigkeit haben wollten. Aber insgesamt ist es gut, dass die meisten Mieterinnen und Mieter jetzt eine gemeinsame Strategie entwickelt haben, und sich bei Bedarf beraten. Neben der anwaltlichen Prüfung wurde auch die Option einer Musterfeststellungsklage, die derzeit von einer Verbraucherzentrale in die Hand genommen wurde, eingeleitet.

DIE LINKE unterstützt Mieterinnen und Mieter, da wo es möglich ist, mit Öffentlichkeitsarbeit, Schreiben, Anfragen, Anträgen und Versammlungen und auch anwaltlicher Mieterberatung. Wohnen ist ein existentielles Menschenrecht und die Mieten dürfen nicht als Profitquelle genutzt werden.

*Elisabeth Wissel*

# Wahlen, Wahlen, Wahlen – Ändert sich etwas?

Im Februar wurde wieder nachgewählt. Gar nicht mitbekommen? Naja, betraf in Tempelhof-Schöneberg zehn Wahlbezirke in Schöneberg, drei in Tempelhof, ebenso drei in Mariendorf und zwei in Marienfelde. Sowie die dazugehörigen Briefwahlbezirke. Knapp 20.000 der etwa 350.000 Einwohner in Tempelhof-Schöneberg waren aufgerufen, ihre Stimme abzugeben. Also insgesamt etwas mehr als 5%. Von denjenigen sind etwa 10.000 ihrer demokratischen Pflicht nachgegangen. Anders als Anfang des vergangenen Jahres, hat das Bundesverfassungsgericht also nur eine Teilwiederholung der Bundestagswahl für nötig befunden. In anderen Bezirken unserer Stadt hatte das sicherlich eine andere Relevanz und damit alltagsverständliche Berechtigung, da z.B. in Pankow großflächig nachgewählt wurde. Es ist aber eine Schlappe für den Berliner Verfassungsgerichtshof, der für das letzte Jahr über eine vollständige Wiederholung der Abgeordnetenhaus- und Bezirkswahl entschieden hat.

Nichtsdestotrotz – Rechtsstaat ist Rechtsstaat. Liegt ein Wahlfehler vor, so gilt der Grundsatz, dass Wahlen „allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim“ sein müssen. Dieses Prinzip gilt es zu wahren. Kein Widerspruch! Für das Alltagsverständnis ist das aber doch schmerzhaft, da das alles auch einen Haufen Schotter kostet – zum dritten Mal! Von den dadurch entstandenen Millionenbeträgen aus Lohnfortzahlungen der 14 abgewählten Stadträte und Bezirksbürgermeister in den Bezirken ganz zu schweigen. ‚Lehrgeld‘ könnte man meinen. Zumindest für die SPD mit ihrem 2021 zuständigen Innensenator Andreas Geisel. Angesichts der aktuell von der CDU/SPD-Regierung angestrebten Olympia-Bewerbung für 2036 in Berlin, den saftigen Personal- und Finanzspritzen für die obere Verwaltungsetage nach Amtsantritt im Mai oder die aktuelle Aufmerksamkeit auf die reichlich großzügige Vergabe von „Beauftragten“-Posten innerhalb der eigenen Reihen, könnten Zweifel aufkommen. Und doch hört man ständig, dass in Berlin gespart werden muss. Stimmt ja auch. In den Bezirken, beim Personal und bei den freiwilligen sozialen Einrichtungen – an Sozialarbeitern, Obdachlosenprojekten und Suchtstellen. Das habe mit den allgemeinen Preissteigerungen zu tun und die Steuereinnahmen würden nicht Schritt halten. In diesem Sinne sollte man ‚Lehrgeld‘ also uminterpretieren. Da die Lehren scheinbar nicht von der CDU/SPD-Regierung

gezogen wurden, sollten das die Steuerzahler selbst tun. Nämlich mit Ihrer Wahl, wer über Ihre Steuergelder verfügt. Und da wir in Berlin nun so eingeübt sind, kommen im Juni die Europawahlen, im nächsten Herbst die regulären und im übernächsten Herbst die Berliner Wahlen auf uns zu.

Da wir aber eine Wahlwiederholung der Bundestagswahl kurz hinter uns haben und nicht die Berliner Wahl – bei deren Wiederholung 2023 die CDU satte 10% hinzugewinnen konnte – sind die aktuellen Ergebnisse von Interesse. Kurz gesagt: Es ändert sich im Bezirk kaum etwas. Was Die Linke bei der Zweitstimmenwahl angeht, so sind die Zugewinne (Vgl. zu 2021) in Schöneberg und Tempelhof von durchschnittlich 3% und bis zu 7% in den einzelnen Wahlbezirken erfreulich. Die Verluste (Vgl. zu 2021) in Mariendorf und Marienfelde in Höhe von durchschnittlich -0,8% und bis zu -2,6% in den einzelnen Wahlbezirken weisen auf den bekannten Umstand hin, dass die südlichen Ortsteile bedauerlicherweise weniger Sympathie für Die Linke haben als die nördlichen. Außerdem ist interessant, dass die Briefwähler, über die Wahlbezirke verteilt, eine deutlich geringere Wahlnähe zur Linken empfinden, als die Urnenwähler das tun. So konnte Die Linke in den wiederholenden Wahlbezirken insgesamt 2% mehr Zweitstimmen-Urnenwähler gewinnen, bei der Briefwahl jedoch Abstriche von insgesamt etwa -0,6% hinnehmen (Vgl. zu 2021). Das weist unterm Strich auf einen positiven Trend hin, der bei etwa 1.000 für Die Linke abgegebenen und über 30 Urnen- und Briefwahlbezirke verteilten Stimmen, eine stichhaltige Prognose schwierig macht.

*Stanislav Jurk*

---

## CDU und SPD-Begierde um das Tempelhofer Feld

*Fortsetzung von Seite 1*

Ein demokratisch herbeigeführtes Gesetz für eine soziale und ökologische Nutzung des THF soll für die Vermarktung zur Verfügung stehen. DIE LINKE steht an der Seite der Initiative und wird alle Möglichkeiten, parlamentarisch und außerparlamentarisch, nutzen, um die Frei- und Grünfläche Tempelhofer Feld zu erhalten. Es gilt das demokratische Mehrheitsvotum, dass das Feld für Sport, Erholung und Freizeit genutzt werden soll, und dieser Bürgerwille muss respektiert werden.

*Elisabeth Wissel*

## Der Mann mit der Leiter

Wer in den 1970er und 1980er Jahren in West-Berlin seinen Protest auf die Straße trug und sich an Demonstrationen beteiligte, kannte ihn zumindest vom Sehen. Jürgen Henschel (1923-2012), seit 1967 Pressefotograf der sozialistischen Tageszeitung „Die Wahrheit“ war immer dabei. Er fotografierte Protestkultur und hatte für eine bessere Perspektive immer seine Leiter dabei. Er fotografierte aber auch den Stadtbau und den Alltag in West-Berlin. Dabei ist sein Werk zwar auch ästhetisch, primär aber politisch motiviert. Er zeigt die Bandbreite der damaligen Bürgerproteste – die Studentenbewegung der 1960er Jahre, Stadtsanierung, Autobahnbau, Mieterproteste, Hausbesetzungen und Friedensbewegung in der 1970er und 80er Jahren. Jürgen Henschel kehrt als Antifaschist und Kriegsgegner aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft heim, tritt in die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands in Westberlin ein und ist Zeit seines Lebens bekennender Kommunist. Ein Teil seines fotografischen Nachlasses ist heute im Besitz des Archivs der Tempelhof-Schöneberger Museen.

Von den etwa 23000 akribisch beschrifteten Negativen werden derzeit 100 Schwarz-Weiß-Bilder in einer Ausstellung zum 100. Geburtstag des Fotografen im Schöneberg-Museum (Hauptstraße 40/42) gezeigt. Die Bilder erzählen Stadtgeschichte und bringen die Atmosphäre der damaligen Zeit zum Ausdruck. Die Ausstellung ist noch bis zum 02. Juni 2024 zu sehen. Im Begleitprogramm finden Kuratorinnen-Führungen (die nächste am 17. März 2024) sowie Ausstellungsgespräche statt. Der zeitgleich erschienene Katalog enthält alle Fotos und Texte der Ausstellung. (<https://museen-tempelhof-schoeneberg.de/henschel/>)

Aus aktuellem Anlass zeigt DIE LINKE Tempelhof-Schöneberg in ihrer Geschäftsstelle in der Feurigstraße 68 (Rote Insel) aus eigenen Materialien die Ausstellung „Kommunisten in Schöneberg. Fundstücke aus dem Bild- und Zeitungsarchiv der Sozialistischen Einheitspartei Westberlin (SEW)“.



Andreas Bräutigam

## Ausgerechnet Lichterketten!

Verzweifelte Randbemerkungen zu den aktuellen Protesten „gegen rechts“.

Im Kerzenschein der Lichterketten, des bürgerlichen Protestes nach den faschistischen Pogromen Anfang der 90, wurde das Grundrecht auf Asyl de facto abgeschafft. \*

Dem folgten alle paar Jahre weitere Massenproteste „gegen rechts“. Erwartungsgemäß wurde leider aus dem „Aufstand der Anständigen“ vor zwei Dekaden kein anständiger Aufstand. Dafür wurde in der Zwischenzeit die AfD medial hofiert und normalisiert, die Diskursverschiebung nach rechts befördert: und die Parallelität der aktuellen Protestrunde und des „Rückführungsverbesserungsgesetzes“ (osä.) wird auch nicht überraschen.

Was dann doch überrascht ist die Dreistigkeit der bürgerlichen Heuchelei. Als hätte man vor den ‚correctiv‘- Enthüllungen nicht wissen können, wes Geistes Kind die alten und neuen Faschos, die sich in Potsdam trafen, sind. Und so ging und geht man mal wieder auf die Straße. Aus unterschiedlichsten Motiven, die von Angst um den Ruf des Wirtschaftsstandorts Deutschland bis zu Angst um das eigene Leben reichen.

Und so fand man sich dann auf Demonstrationen wieder, die auch der Bundeskanzler heimsuchte. Das allein sollte zu denken geben. Und der kleinste gemeinsame Nenner der Proteste -gegen die AfD- kann der uns genügen?

Dass diese Proteste der Selbstvergewisserung (und nicht mehr) dienen, ist dennoch kein Grund, sich nicht aktiv einzubringen. Wie wir es taten und tun, als Partei Die Linke, als AntifaschistInnen. Wissend, dass der antifaschistische Kampf leider ein andauernder ist, aber mehr umfasst als den Minimalkonsens „gegen rechts“; wissend, dass Antifaschismus zwingend die gesellschaftlichen Bedingungen, die ein (Wieder-)erstarken des Faschismus ermöglichen angreifen muss. Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen, so Horkheimer 1939. Die Linke beteiligt sich an den Protesten gegen die AfD. Natürlich. Als antifaschistische Partei. Aus antifaschistischer Motivation.

Cristophe Immer

(\*) Das sogenannte „Sonnenblumenhaus“ in Rostock Lichtenhagen, dessen Einwohner - überwiegend vietnamesische ehemalige Vertragsarbeiter - mit Molotowcocktails attackiert und diese Attacken von tausenden Zuschauern beklatscht wurden, steht dabei symbolisch für die Asyldebatte der frisch vereinigten Bundesrepublik.

S.J.

## Aus aktuellem Anlass-

eine Filmempfehlung eines nun fast 40 Jahre alten Films.

### **Des terroristes a la retraite – Terroristen im Ruhestand, F 1985**

1983 wurde „Des terroristes a la retraite“ auf dem Festival in Cannes erstmalig gezeigt, und stieß, mit Ausnahme der L'Humanité, der Zeitung der PCF, auf breites Desinteresse. Erst 85 fand sich ein Verleih. Dennoch, für einen handfesten Skandal, und eine andauernde Debatte reichte es.

Die PCF, die kommunistische Partei Frankreichs, hatte für den bewaffneten Kampf gegen den Faschismus die Partisanenorganisation FTP (Francstireur et partisans) organisiert, und für migrantische GenossInnen die Gewerkschaft MOI (Main d'oeuvre immigrée) ins Leben gerufen. Im April 1942 entstand daraus eine migrantisch geprägte Widerstandsgruppe – die FTP-MOI.

Als Ausländer, häufig Juden, hatten die KämpferInnen wenig zu verlieren. Diese Verzweiflung, und die Vertrautheit mit klandestinen Aktionen und dem Leben im Untergrund waren es, die die FTP-MOI bald zu einer der effektivsten Widerstandsgruppen des bewaffneten Kampfes im besetzten Frankreich werden ließen- das Ableben etlicher Deutscher, darunter des für Zwangsarbeit und Deportationen verantwortlichen Standartenführers Julius Ritter verdanken wir dieser Gruppe.

Missak Manouchian, am 1.9.1906 in Armenien geboren, überlebte den Genozid 1915-1916, und migrierte über den Libanon nach Frankreich. Der Poet -und Kommunist- führte die armenische Abteilung der MOI, schließlich die Pariser Sektion der FTP-MOI.

Im Film geben zeitgenössische Aufnahmen Kontext, aber langsame, ruhige Gespräche mit älteren Herren prägen diesen Film. Genossen, denen man die langen Jahre der entbehrlichen Arbeit ansieht, die eigentlich im Rentenalter waren, doch viele der Gespräche wurden in ihren Werkstätten gefilmt, nebenbei arbeitend, immer noch arbeitend, als Schneider oder Kürschner zumeist, Armenier, polnische Juden, arm, und am Rande der französischen Gesellschaft, wie auch 40 Jahre zuvor. Erzählt wird von Attentaten, mit Schusswaffen, selbstgebauten Bomben, erfolgreich meist.

Boucault, der Regisseur, ließ zwei der verrenteten Terroristen sogar für den Film einen Anschlag nach-

stellen, einen Bombenanschlag auf ein bei Wehrmachtssoldaten beliebtes Restaurant. Wie unglamourös Widerstand war, wie improvisiert Planung, Bewaffnung und Taktik, und wie verzweifelt zwei Teenager sein mussten, um dies zu tun, mit einer selbstgebauten Bombe- die Szene ist sehenswert. Und mitunter lustig, witzeln doch beide ältere Herren, dass sie früher den Job besser drauf gehabt hätten.

Im November 1943 wurde die Gruppe Manouchain der FTP-MOI in Paris enttarnt und verhaftet. In Schauprozessen vor dem deutschen Militärtribunal ab dem 17. Februar 1944 wurden alle zum Tode verurteilt, am 21. Februar wurden Missak Manouchian und 21 seiner Genossen erschossen. Die Groupe Manouchian wurde in der ganzen Region Paris diffamierend plakatiert, bekannt als L'affiche rouge, das rote Plakat.

Des terroristes a la retraite schaffte es, jüdischen und migrantischen Widerstand gegen den Faschismus in Frankreich zum Thema zu machen. Kontrovers jedoch die Darstellung der PCF - der Film vertritt die These, die migrantische FTP-MOI sei von der Partei hingengelassen worden, was heftigen Widerspruch ergab. Aus aktuellem Anlass sei dieser etwas ältere Dokumentarfilm empfohlen: Missak Manouchian wurde am 21. Februar 2024 ins Panthéon aufgenommen. Einem migrantischem, kommunistischen Widerstandskämpfer wird somit die höchste Ehrung Frankreichs zuteil, die Aufnahme in das Mausoleum Voltaires, Emile Zolas, Jean Jaurès und Jean Moulin. Eine Anerkennung des kommunistischen, des jüdischen, des migrantischen antifaschistischen Widerstands.

*Christophe Immer*



## DIE LINKE

### Tempelhof-Schöneberg

Bezirksgeschäftsstelle:

Feurigstr. 68, 10827 Berlin

Öffnungszeiten i.d.R.:

Di. und Do.: 12-17 Uhr

Mo. und Fr. 13-15 Uhr

(während der Ferienzeit

Mo. und Fr. geschlossen)

Tel. : +49 30 21 997 140

Fax: +49 21 729 26

E-Mail: bezirk[at]dielinke-

tempelhof-schoeneberg.de

Webseite: www.dielinke-

tempelhof-schoeneberg.de

### Termine

#### Mitgliederversammlung

18.4.2024, 19 Uhr

#### Bezirksvorstand

05.03., 02.04., 07.05.2024,

19 Uhr

#### Marxistischer Lesekreis

23.03.2024, 17 Uhr

#### Basisorganisation in

#### Schöneberg

21.03.2024, 19 Uhr

#### in Tempelhof

28.03.; 25.04.; 23.05.2024

19 Uhr

#### Veranstaltungen

#### Frauenkampftag-

GewerkschaftsDEMO,

Oranienplatz

08.03., 11. 30 Uhr

#### [Solid] / SDS Werkstatt

08-10.03.2024

#### Lasst uns reden!

14.03., 25.04. u. 16. 05.

18 Uhr, Kaiserin-Augusta-

Str. 75, 12103 Berlin

#### Workshop zum

#### Frauenmärz:

Menschenrecht statt Profit-

... am Beispiel Wohnen

22.3.24, ab 14 Uhr

#### Sozialrechtsberatung

12.03., 09.04.2024, 16 Uhr

## Kiez-Küfa – Gemeinsam

## gegen Verarmung & Einsamkeit!

Am Mittwoch dem 21. Februar 2024 fand unsere monatliche Kiez-Küfa der Basisgruppe Südberlin der Linksjugend [solid] in der Kaiserin-Augusta-Straße 75 statt! Küfa steht für Küche für Alle. Unter diesem Motto treffen wir uns jeden dritten Mittwoch im Monat um gemeinsam zu kochen, zu essen, um uns zu vernetzen und um über die politische Lage bei uns im Kiez zu sprechen.

Diesmal gab es türkische Linsensuppe! Kommt gerne vorbei, wir treffen uns das nächste Mal am 20. März um 18:30 Uhr.

Und hier noch das Rezept zum nachkochen für Zuhause:

### Zutaten:

2 Kartoffeln

2 Karotten

1 Zwiebel

1 Knoblauchzehe

250g Rote Linsen

1 Bund Petersilie

1 Zitrone

1 Liter Gemüsebrühe

Salz, Pfeffer

### Zubereitung:

1. Kartoffeln, Karotten, Zwiebeln und Knoblauch schälen und klein schneiden.

2. In einem heißen Topf etwas Öl hinzugeben und weitere 5 Minuten anschwitzen.

3. Anschließend die roten Linsen hinzugeben und weitere 5 Minuten anschwitzen.

4. Mit einem Liter Gemüsebrühe ablöschen.

5. 20 – 25 Minuten köcheln lassen.

6. Pürieren und je nach gewünschter Konsistenz etwas Wasser hinzugeben.

7. Würzen und genießen

*Sarah Bremer*

Kriegstüchtig - Nie wieder



Raus zum Ostermarsch 2024

Samstag, 30. März 2024, 13:00 Uhr

Kosmos, Karl-Marx-Allee 131a, 10243 Berlin

# Danke!

Für Eure Unterstützung  
im Wahlkampf und für  
Eure Stimmen.

**Die Linke**

Bezirksverband  
Tempelhof-Schöneberg

**Impressum** Herausgeber: DIE LINKE Berlin, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin; Redaktion: DIE LINKE Tempelhof-Schöneberg; Berliner Bank IBAN: DE 75 1007 0848 0525 6078 06 BIC: DEUTDEDB110; Erscheinungsweise: 4-8x jährlich; diese Ausgabe: Auflage: 1000 Exemplare; V.i.S.d.P.: Bezirksvorstand, Stanislaw Jurk; Layout: G. Irazoque; Druck: Druckerei Gottschalk; Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des Autors oder der Autorin wieder und entsprechen nicht immer der Meinung der Redaktion oder des Bezirksvorstandes. Planung für die nächste Ausgabe: 02.04.2024, Redaktionsschluss (luperedaktion[at]dielinke-tempelhof-schoeneberg.de) der März/April-Ausgabe 26.02.2024. Schlussredaktion: 05.03.2024. Diese Ausgabe erscheint voraussichtlich online am 05.03.2024. In Druckversion am 08.03.2024.

